

## Zur Diskussion um die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung

---

*Frank Deppe, geboren 1941 in Frankfurt/Main, studierte Soziologie, Politikwissenschaft und Wirtschaftswissenschaften in Frankfurt/Main und Marburg, Er ist Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Marburg/Lahn.*

### *Geschichtsbewußtsein und Geschichtswissenschaft*

Bewußtsein über die eigene Geschichte gilt zu Recht als ein wichtiger Gradmesser des gesellschaftlichen Bewußtseins wie der politischen Handlungsfähigkeit überhaupt: Wer die eigene Geschichte nicht kennt, sich nicht mit ihr kritisch auseinandergesetzt hat, der wird auch nicht in der Lage sein, „aus der Geschichte zu lernen“, um die Zukunft zu gestalten.\*

Es dürfte kein Zweifel darüber bestehen, daß für die Gewerkschaftsbewegung in der BRD, die in diesem Jahr den 30. Jahrestag der Gründung des DGB begeht, ein besonderer Nachholbedarf an „historischem Lernen“ besteht. Die Gründe dafür sind vielschichtig: Auf der einen Seite hat die katastrophale Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung im Jahre 1933 — zusammen mit dem 12jährigen Terror der faschistischen Diktatur - die Kontinuität in der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung, damit auch die Möglichkeit kollektiver Lernprozesse des Überwindens vergangener Fehler und Versäumnisse in der Praxis der sozialökonomischen und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen, beeinträchtigt. Dennoch war in der Wiederaufbauperiode nach 1945 das Bewußtsein von der Notwendigkeit, aus der Geschichte zu lernen, durchaus lebendig und handlungsorientierend. Hans Böckler begründete beim Gründungskongreß des DGB 1949 in München den antifaschistischen Auftrag des DGB mit dem Satz: „Ein zweites 1933 darf und wird es nie mehr geben, darin sind sich die gewerkschaftlich organisierten Männer, Frauen und Jugendlichen einig<sup>1</sup>.“ Zu Beginn der fünfziger Jahre hatte Wolfgang Abendroth am Schluß seiner Schrift „Die deutschen Gewerkschaften. Weg demokratischer Integration“ - nun schon vor dem Hintergrund des erfolgreichen restaurativen Ge-

---

\* Anmerkung der Redaktion: Der Autor verwendet hier das Motto der Wissenschaftlichen Konferenz zur Geschichte der Gewerkschaften, die der DGB vom 11. bis 13. Oktober 1979 in München abhalten wird.

<sup>1</sup> DGB-Gründungskongreß, München 1949, Protokoll, S. 205.

gedrucktes gegen die gewerkschaftliche Neuordnungspolitik - die Verantwortung der Gewerkschaftsbewegung für die Sicherung der Demokratie beschworen: „Ob die Gewerkschaften kampffähig und in ihrer Struktur demokratisch bleiben, darüber entscheidet der Wille eines jeden deutschen Arbeitnehmers, sich an ihrer Arbeit und ihrem täglichen Leben aktiv zu beteiligen. Scheitern sie, dann sind nicht nur die elementarsten Lebensbedingungen eines jeden Arbeitnehmers in Frage gestellt, dann ist auch die deutsche Demokratie zum zweitenmal verloren<sup>2</sup>.“

Auf der anderen Seite wurde die Aneignung geschichtlichen Wissens über die Arbeiterbewegung in den 50er und 60er Jahren durch die überwiegend konservative und arbeitnehmerfeindliche Orientierung des akademischen Wissenschaftsbetriebes — namentlich im Bereich der Geschichtswissenschaft — blockiert. Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung blieben bemerkenswerte Ausnahmen. Arbeiten von W. Abendroth, Gerhard A. Ritter, Werner Conze, Helga Grebing, Hans Mommsen u. a. vermochten zwar gelegentlich einen breiteren Leserkreis zu erreichen; gleichwohl gelang es nur punktuell, Forschungsprojekte anzuregen, in denen eine systematische Aufarbeitung vergangener Entwicklungsetappen der Arbeiterbewegung in Angriff genommen wurden<sup>3</sup>. Seit dem Ende der 60er Jahre hat sich hier ein Wandel vollzogen. Eine neue Generation von Historikern und Sozialwissenschaftlern begann die Geschichte der Arbeiterbewegung neu zu entdecken. Diese Hinwendung zu einem neuen Gegenstand war zweifellos auch ein Ergebnis der praktisch-politischen Hinwendung eines Teils der Intelligenz zur Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in der BRD. Sie ging einher mit einer intensiven Aneignung der marxischen Gesellschafts- und Geschichtstheorie, mit einer Problematisierung des methodologischen Selbstverständnisses der traditionellen Geschichtswissenschaft und des unkritischen, empirischen Positivismus in den Sozialwissenschaften. Schließlich verfügen wir heute über zahlreiche neue Forschungsarbeiten über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung - vor allem für die Periode vor 1914. Diese vermitteln nicht nur neue historische Erkenntnisse, sondern haben zugleich das Bewußtsein für methodologische Probleme der historisch-politischen Forschung geschärft.

Dennoch hat dieser fruchtbare „Neubeginn“ noch nicht so weit geführt, daß - auf der Grundlage der historischen Detailforschung sowie einer kritischen Methodenreflexion - im größeren Maßstab Gesamtdarstellungen erarbeitet werden, die einerseits dem Stand der wissenschaftlichen Forschung Rechnung tragen, andererseits jedoch nach Umfang, didaktischer Anlage und Sprache einem breiten Leserkreis - vor allem in der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft - zugänglich sind, der sich oft zum erstenmal mit dem Thema „Geschichte der deutschen

---

2 W. Abendroth, Die deutschen Gewerkschaften, Heidelberg 1954, S. 102.

3 Eine Ausnahme bilden die Arbeiten, die von Wolfgang Abendroth zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der letzten Periode der Weimarer Republik angeregt wurden.

Gewerkschaftsbewegung" beschäftigt<sup>4</sup>. Die verfügbaren — gewiß verdienstvollen — Arbeiten von Limmer und Schuster<sup>5</sup> genügen diesen Anforderungen nicht. Sie vermitteln zwar einen groben Überblick über die Gewerkschaftsgeschichte (wobei schon auffällt, daß wichtige Krisenperioden wie z. B. der Erste Weltkrieg bzw. die Zeit der Weltwirtschaftskrise nach 1929 und die Rolle der Gewerkschaften während der faschistischen Diktatur nur cursorisch behandelt werden<sup>6</sup>); gleichwohl vermißt man genauere Informationen über die Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen sowie vor allem über die Zusammenhänge zwischen der Gewerkschaftspolitik und der allgemeinen gesellschaftspolitischen Entwicklung. Daher fällt es schwer, mit diesen Texten Fragen an die Geschichte zu formulieren, wie sie aus den heutigen Lebens-, Kampf- und Organisationserfahrungen der Gewerkschafter hervorgehen<sup>7</sup>.

Als das Buch „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“<sup>8</sup> konzipiert und geschrieben wurde, gingen die Autoren davon aus, daß auch beim gegenwärtigen Forschungsstand eine Gesamtdarstellung notwendig und möglich ist. Natürlich wußten sie, daß eine solche Arbeit Kritik provozieren würde. Das ist eine ganz selbstverständliche und dazu (für die wissenschaftliche und politische Diskussion) hilfreiche Tatsache; denn es wäre schon ein Ausdruck von übermäßiger Eitelkeit oder Borniertheit, die Kritik — sei es an der Auswahl des empirischen Materials, die nun einmal in jeder Gesamtdarstellung Straffung notwendig macht, sei es an der methodologischen Gewichtung und politischen Interpretation dieses Materials - für überflüssig oder illegitim zu halten. Ein Buch, das keine Kritik provoziert, keine Debatten in Gang setzt, hat oftmals seinen Zweck verfehlt.

Solche Kritik betraf - um nur einige Punkte zu nennen - die Darstellung des Verhältnisses von Parteien und Gewerkschaften — namentlich in der Weimarer Republik -, die Vernachlässigung der Rolle der christlichen Gewerkschaften und der sogenannten „Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine“ bis 1933, die ungenügende Beachtung der Entwicklung der Einzelverbände und anderes. Schließlich mußte anhand dieser Darstellung die sicher nicht abgeschlossene Diskussion über die Entste-

---

4 Um dieses Defizit zu verdeutlichen, sei knapp auf die Situation in Großbritannien verwiesen. Dort findet man — neben den großen Forschungsarbeiten der Webbs, von Cole, Thompson und Hobsbawm — schnell einige Arbeiten, die diesen Ansprüchen entsprechen, u. a. A. Hutt, *British Trade Unionism. A Short History* (1941, 1. Aufl.); A. L. Morton/G. Täte, *The British Labour Movement. 1770-1920* (1956, 1. Aufl.); H. Pelling, *A History of British Trade Unionism* (1963, 1. Aufl.).

5 Vgl. H. Limmer, *Die deutsche Gewerkschaftsbewegung*, München 1966; D. Schuster, *Die deutsche Gewerkschaftsbewegung*, Düsseldorf 1976 (5. Aufl.) - dort verdient vor allem das umfangreiche und sorgfältig zusammengestellte Literaturverzeichnis (ebd., S. 164—201) Aufmerksamkeit.

6 H. Limmer z. B. widmet der Zeit von 1914 bis 1918/19 ganze 4 Seiten; die Zeit von 1929 bis 1945 wird auf 8 Seiten abgehandelt. D. Schuster beschränkt sich hier ebenfalls auf eine äußerst knappe Darlegung der Hauptereignisse.

7 Dennoch ist - mit Recht - noch niemand auf die Idee gekommen, gegen die beiden Bücher den Vorwurf der „Geschichtsfälschung“ zu formulieren, obwohl bei Limmer die RGO-Politik der KPD noch nicht einmal erwähnt wird. Auch in dem von H. O. Vetter herausgegebenen Band „Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung“ (Köln 1975), der weit eher den Ansprüchen einer wissenschaftlich fundierten, historischen Analyse entspricht, fehlt im übrigen ein Beitrag über die Gewerkschaftspolitik im Ersten Weltkrieg.

8 F. Deppe, G. Fühlberth, J. Harrer (Hrsg.), *Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung*, Köln 1977.

hungs- und Entwicklungsbedingungen des „Revisionismus“ und des „Reformismus“ in der Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung wieder aufleben. Außerdem wurde noch beklagt, daß in der „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ keine zureichende Vermittlung zwischen den tatsächlichen Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen, der inneren Struktur und Schichtung der Arbeiterklasse, den darauf sich beziehenden Bewußtseinsformen auf der einen und der gewerkschaftspolitischen Entwicklung auf der anderen Seite geleistet worden sei. Das sind gewiß ernst zu nehmende Einwände, deren Diskussion insgesamt die Erforschung der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung voranzutreiben vermag, obwohl es beim Schreiben des Buches — als solche Einwände natürlich voraussehbar waren — unmöglich erschien, auf Arbeiten zurückzugreifen, in denen eine solche Vermittlung in überzeugender Weise gelungen ist<sup>9</sup>.

Andererseits gewann die Diskussion über die „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ etwa ein Jahr nach dem Erscheinen eine Dimension, die aus dem Rahmen einer wissenschaftlichen Diskussion hinausführte. Da wurde der Vergleich zu Stalins „Kurzem Lehrgang“ der Geschichte der KPdSU bemüht; das ganze Werk wurde als eine „skrupellose Geschichtsfälschung“ denunziert und in den nebulösen Zusammenhang einer außengesteuerten „Unterwanderungsstrategie“ gerückt; die „Methode der schleichenden Indoktrination“ wurde nunmehr schon auf dem Titelbild des Buches entdeckt, wo sich - in dem alten Verbandseblem der Metallarbeitergewerkschaft — „aufgehende Sonne“ und „verschlungene Hände“ als plötzlich ganz und gar moderne politische Symbolik entlarvten. Es war unvermeidlich, daß angesichts der „harten Politik“, die mit der Auseinandersetzung über dieses Buch betrieben wurde, das gewerkschaftspolitische und wissenschaftliche Interesse an der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung deutlich in den Hintergrund trat<sup>10</sup>.

#### *Ansätze einer marxistischen Gewerkschaftsgeschichte*

Daß die Diskussion sich sehr schnell auf diese Ebene der Ausgrenzung unserer Position aus dem Zusammenhang der Einheitsgewerkschaft verlagert hat<sup>11</sup>, mag auch Ausdruck der Tatsache sein, daß eine marxistische Interpretation der Geschichte nur zu schnell Abwehrreaktionen hervorruft. Daher soll — wenn auch im Rahmen eines solchen Beitrages nur sehr verkürzt argumentiert werden kann - dieser Interpretationsansatz noch einmal knapp umrissen werden und gegenüber anderen gesellschafts- und geschichtstheoretischen Ansätzen spezifiziert werden:

9 Vgl. dazu F. Deppe, G. Fülberth, J. Harrer, Aktuelle Probleme der Geschichtsschreibung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, I/II, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/1979, S. 488 ff., Nr. 5/1979, S. 569 ff., vgl. dort besonders die kritische Auseinandersetzung mit der „Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung ‚von unten‘“, ebd., S. 569 ff.

10 Die Herausgeber bedauern übrigens selbst, daß sie in ihrer ersten Reaktion auf den Vorwurf der außengeleiteten „Geschichtsfälschung“ dieser Schwerpunktverlagerung der Diskussion einigen Zündstoff geliefert haben.

11 So zumindest G. Beier mit dem Vorwurf, wir versuchten „die Gewerkschaften kaputtzumachen“ und „RGO-Positionen latent wiederherzustellen“; ders., Leninisten führten die Feder, in: ötv-magazin, 3/1979, S. 35 und S. 37.

Eine materialistische Analyse der Gewerkschaftsgeschichte verfolgt die Entstehung und Entwicklung, die Organisation wie den Kampf der Gewerkschaften als eine gesellschaftliche Bewegung in der kapitalistischen Klassengesellschaft. Der Grundwiderspruch von Kapital und Arbeit, als Widerspruch von gesellschaftlicher Anwendung der Produktivkräfte und dem privaten Charakter der Aneignung der Produktionsresultate, bildet nicht nur die Grundstruktur dieser Gesellschaftsordnung, sondern zugleich die Triebkraft ihrer geschichtlichen Entwicklung. Wie die Kapitalverwertung, das Profitprinzip, als Steuerungsprinzip ökonomischer Prozesse wirkt, so beziehen sich die Klassenstrategien und -konflikte „in letzter Instanz“ stets auf dieses Grundverhältnis der „herrschaftlichen Aneignung“ (Werner Hofmann). Wenn Gewerkschaftsgeschichte und -politik aus diesem Zusammenhang abgeleitet werden, so heißt das überhaupt nicht, daß damit gleichsam „von außen“ ein der Gewerkschaftsbewegung fremder Maßstab angelegt wird, daß die Gewerkschaftsgeschichte über einen Leisten geschlagen wird, der letztlich der Vorstellungswelt von Intellektuellen entspricht. Im Gegenteil: Das Festhalten an dem Zusammenhang von Kapitalbewegung, Klassenbewegung und Arbeiterbewegung bedeutet letztlich das Festhalten an einem in der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft selbst liegenden Maßstab<sup>12</sup>.

Natürlich darf diese Erkenntnis nicht blind machen gegenüber der Entwicklung und dem Wandel der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung von ihren Anfängen bis in die Gegenwart. Solche Veränderungen, die zugleich die verschiedenen Phasen kapitalistischer Entwicklung markieren, gehen einerseits aus der Entwicklung der Produktivkräfte sowie der erweiterten Akkumulation des Kapitals hervor (z. B. Herstellung und Intensivierung der kapitalistischen Weltmarktbeziehungen, Zentralisation des Kapitals), die unmittelbar die Entwicklung der Klasse der Lohnabhängigen - ihren Umfang, innere Struktur usw. - und damit auch die gewerkschaftlichen Organisations- und Handlungsbedingungen bestimmen. Andererseits wirkt die Politik der Arbeiterbewegung — und namentlich die Erfolge der Gewerkschaftspolitik - über die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen, die Erweiterung ihrer Rechte in der Produktion wie in Gesellschaft und Staat auf die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft und des Staates zurück<sup>13</sup>. Gleichwohl haben diese Wandlungen nicht eine grundlegende Veränderung der Produktionsverhältnisse und der Klassenstrukturen hervorgebracht<sup>14</sup>. Besonders in wirtschaftlichen Krisenperioden, in denen das Wachstum stagniert, die Arbeitslosenquote steigt und die Polarisierung des Interessengegensatzes

---

12 Vgl. dazu die Bemerkungen von K. Marx und F. Engels, in: Deutsche Ideologie, Marx/Engels Werke, Band 3, S. 37 ff.

13 Ich habe diese Zusammenhänge analysiert in dem Buch: F. Deppe, Autonomie und Integration - Materialien zur Gewerkschaftsanalyse, Marburg 1979, bes. Kapitel 3, S. 87 ff.

14 Vgl. dazu die Ergebnisse neuer Untersuchungen: M. Tjaden-Steinhauer/K. H. Tjaden, Klassenverhältnisse im Spätkapitalismus, Stuttgart 1973; IMSF (Hrsg.), Klassen- und Sozialstruktur der BRD, 1950-1970, 3 Bde., Frankfurt/M. 1972/1973; Projekt Klassenanalyse, Materialien zur Klassenstruktur der BRD, 2 Bde., West-Berlin 1973/1974.

von Kapital und Arbeit deutlicher zutage tritt, verlieren daher die „Modernisierungs-“ und „Integrationstheorien“ an Überzeugungskraft, die noch im Blick auf die Stabilitäts- und Ruhelagen der kapitalistischen Entwicklung ein „Hineinwachsen“ oder ein „Hineinkämpfen“ der Arbeiterbewegung in das System, das sie einst bekämpfte, unterstellen.

Eben dieses Schicksal erlitt auch die Theorie der „Industriegesellschaft“, die lange die Neutralisierung des ökonomischen Krisenpotentials und des Klassenkonfliktes im „Spätkapitalismus“ behauptete; denn seit dem Übergang in die Krisenperiode der 70er Jahre, seit dem Abschluß der langen Nachkriegsprosperität, wurde die einst — vor allem gegenüber dem Marxismus — so selbstbewußte Ideologie von der Krisenbewältigung, der Steuerbarkeit und „Machbarkeit“ gesellschaftlicher Prozesse von einem tiefen Unbehagen und einem ausgeprägten Pessimismus erfaßt. Niemand wird wohl ernsthaft behaupten wollen - und das betrifft zugleich die Aneignung der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung -, daß unser 20. Jahrhundert bislang weitgehend krisenfrei verlaufen sei. Die beiden Weltkriege waren innen- und weltpolitische Krisen von größtem Ausmaße, die Perioden von 1918/19 bis 1923, von 1929 bis 1933/34 sowie von 1945 bis 1948/49 brachten vor allem für die Arbeitnehmerschaft größte Entbehrungen mit sich, die 12jährige Diktatur des Faschismus war für die Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung eine Zeit schwerster Verfolgung und Unterdrückung. Lediglich die beiden Jahrzehnte nach 1950 erscheinen so als eine relative Ruheperiode, gekennzeichnet durch wirtschaftlichen Aufschwung und eine nachhaltige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer, obwohl nicht übersehen werden kann, daß zumal die 50er Jahre ganz im Zeichen der weltpolitischen Konstellation des „kalten Krieges“, der Gefahr einer alles vernichtenden atomaren Auseinandersetzung zwischen den Blöcken, gestanden haben.

Nun ist gegen die Darstellung der „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ der Vorwurf erhoben worden, sie stelle den „Traditionsbestand“ der deutschen Gewerkschaften in Frage; denn diese seien ihrem Wesen nach „reformistisch“. Aus dieser Kritik läßt sich dann leicht ableiten, Führer der Gewerkschaften würden als „Verräter“ qualifiziert bzw. die letzten hundert Jahre würden in diesem Buch als ein Jahrhundert des ständigen „Verrats“ der Gewerkschaftsführung abgehandelt. Dieser Vorwurf geht jedoch vollständig am Text vorbei; nirgendwo werden dort die Gewerkschaften am Maßstab des Selbstverständnisses und der Politik irgendeiner revolutionären politischen Bewegung gemessen und beurteilt. Im Gegenteil: Die Gewerkschaften sind als Organisation begriffen, deren wesentlicher Zweck in der Vertretung der Reproduktionsinteressen der Arbeitskraft, der Erweiterung der demokratischen Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen, der Durchsetzung sozial- und gesellschaftspolitischer Reformen besteht. An diesem Zweck ist die Bilanz gewerkschaftlicher Politik zu messen - und nicht an einer völlig abstrakten,

dem Wesen der Gewerkschaftsbewegung fremden Alternative „revolutionär“ - „reformistisch“.

Das entscheidende und wirklich interessante Problem liegt auf einer ganz anderen Ebene: Gesellschaftspolitische Reformen im Interesse der Arbeitnehmerschaft bedürfen zu ihrer Verwirklichung in der Regel eines harten Kampfes. Immerhin war die „Novemberrevolution“ notwendig, um fundamentale demokratische und soziale Reformen durchzusetzen. Für das angemessene Verständnis von Reformpolitik ist jedoch folgendes zentral: Die nachfolgenden Jahre - bis 1934 - sind durch den Versuch der konservativen Kräfte gekennzeichnet, die „sozialen Errungenschaften“ der Weimarer Republik zu liquidieren. Mit andern Worten: Reformpolitik ist kein geschichtliches Kontinuum, das sich von den Anfängen der Gewerkschaftsbewegung bis in die Gegenwart gleichsam wie ein Naturprozeß entfaltet. Reformen, die tatsächlich im Sinne einer Demokratisierung der Gesellschaft und des Staates wirken, stehen jeweils im Zusammenhang harter politischer Auseinandersetzungen, in denen auch die gesellschaftspolitische Handlungsfähigkeit und Kraft der Gewerkschaftsbewegung mit darüber entscheiden, ob solche Reformen durchgesetzt oder verteidigt werden können<sup>15</sup>. Im Kampf um Reformen werden also immer auch Fragen der politischen Machtverhältnisse, der Rolle der Gewerkschaften im Gesamtzusammenhang der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, aufgeworfen.

Dieser Zusammenhang läßt sich am Beispiel der aktuellen gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Erfahrung in der BRD sehr genau verdeutlichen: Jeder Gewerkschafter weiß, daß die Verwirklichung wesentlicher gewerkschaftlicher Reformforderungen — wie die paritätische Mitbestimmung, das Verbot der Ausspernung, die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit und der „Einstieg“ in die 35-Stunden-Woche - nur unter der Voraussetzung einer enormen gewerkschaftlichen Kraftentfaltung sowie im Klima einer scharfen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung mit den konservativen Kräften möglich ist, zumal sich die Strategie dieser Kräfte ohnehin seit Beginn der 70er Jahre darauf konzentriert, die bescheidenen Ergebnisse der Reformpolitik sowie die in den letzten Jahren gewachsene gewerkschaftliche Kampffähigkeit zurückzudrängen.

Die Konstruktion einer Alternative „revolutionäre“ oder „reformistische“ Gewerkschaftspolitik erweist sich also als wenig hilfreich, um ein angemessenes Verständnis für die Gewerkschaftsgeschichte zu gewinnen. Die wirkliche Alternative, die nicht nur für die Gegenwartspolitik, sondern auch für historische Forschung relevant ist, besteht zwischen — wie Fritz Opel im Blick auf die Rolle der Gewerkschaften

---

<sup>15</sup> Im „Prager Manifest“ des Vorstandes der SPD (1934) wird dieses Problem selbstkritisch in bezug auf die Rolle der SPD in der Novemberrevolution thematisiert: „Die Sozialdemokratie als einzig intakt gebliebene organisierte Macht übernahm ohne Widerstand die Staatsführung, in die sie sich von vornherein mit den bürgerlichen Parteien, mit der alten Bürokratie, ja mit dem reorganisierten militärischen Apparat teilte. Daß sie den alten Staatsapparat fast unverändert übernahm, war der schwere historische Fehler, den die während des Krieges desorientierte Arbeiterbewegung beging.“ Zit.n. W. Abendroth, *Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie*, Frankfurt/M. 1964, S. 116.

in der Novemberrevolution formuliert hat — „konservativen, in die bestehende Gesellschaftsordnung integrierten, staatserschaltenden Gebilden“<sup>16</sup> und einem aktiven, gewerkschaftlichen Interessenkampf, der sich durch die Verbindung von Schutz- und gesellschaftspolitischen Gestaltungsfunktionen, die wirkungsvolle Verbindung von unmittelbarer sozialökonomischer Interessenvertretung und einer Politik demokratischer Reformen auszeichnet.

Durch diese Sichtweise, die zugleich immer wieder das Problem des Auseinanderklaffens von theoretischer Einsicht und praktischer Tat in bestimmten Perioden thematisiert, wird der „Traditionsbestand“ der Gewerkschaftsbewegung keineswegs in Frage gestellt, zumal es — was in der „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ nachzuverfolgen ist - immer auch in den Gewerkschaften Kräfte gab, die eine Politik der Anpassung, des „Stillhaltens“ und der „Integration“ kritisiert und das Scheitern dieser Politik vorausgesagt haben<sup>17</sup>. Die Diskussion von Fehlern und Versäumnissen vergangener Gewerkschaftspolitik hat - im Zusammenhang dieser Problemformulierung — mit einer vorgeblichen Anprangerung des „Verrats“ von Führungsgruppen überhaupt nichts zu tun. Otto Brennerz. B. hat die Fehler der Gewerkschaftsführung und der Politiker der SPD, die mit der „Tolerierungspolitik“ gegenüber der Regierung Brüning und mit den Illusionen vom „kleineren Übel“ eingeleitet wurden, offen angesprochen: „Es fehlte damals an der Einsicht, daß die bisherigen sozialen Errungenschaften nur gesichert werden konnten, wenn sich die demokratischen Organisationen der Arbeitnehmer zu einschneidenden politischen und wirtschaftspolitischen Entscheidungen aufraffen - notfalls über den Rahmen rein parlamentarischer Kombinationen hinaus.“ Und weiter: „Entscheidend war . . . , daß die Gewerkschaften keinen Anlauf nahmen, diese Vorstellungen (das Programm der Wirtschaftsdemokratie) zu verwirklichen. Sie blieben leider auf ihre praktische Politik bis zum Ende der Weimarer Republik ohne Einfluß“<sup>18</sup>.

Natürlich wird die historische Forschung heutigen Lernprozessen einen schlechten Dienst erweisen, wenn sie sich lediglich auf den Nachweis solcher Fehlentwicklungen und ihrer Folgen beschränkt. Sie muß die Konstellationen objektiver und subjektiver Handlungsbedingungen herausarbeiten, um nicht falschen „Verrats“-Verdikten Vorschub zu leisten. Zu diesen Konstellationen gehört nicht nur der Reifegrad des gewerkschaftlichen und allgemeinpolitischen Bewußtseins der Lohnabhängigen, sondern auch die ökonomische Entwicklung, das politische und ideologische Kräfteverhältnis der Klassen, die Politik des Staates, außenpolitische Wirkungsfaktoren und vieles andere mehr. Eine solche Analyse, die freilich in einer Überblicksdarstellung niemals bis ins Detail geleistet werden kann, wird nicht dazu

16 F. Opel, Der Deutsche Metallarbeiterverband während des Ersten Weltkrieges und der Revolution, Hannover und Frankfurt/M. 1962, S. 75.

17 Vgl. dazu z. B. die „Formierung der gewerkschaftlichen Oppositionsbewegung“ im Ersten Weltkrieg, S. 115 ff., S. 138 ff.; die Auseinandersetzungen im ADGB über die Arbeitsgemeinschaftspolitik, S. 156 ff. sowie S. 173 ff.

18 O. Brenner, Gewerkschaftliche Dynamik in unserer Zeit, Frankfurt/M. 1966, S. 58/59.

führen, voreilig bestimmten politischen Strömungen in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung die alleinige Schuld an Fehlentwicklungen und Niederlagen zuzuweisen. Insofern darf bei einer Analyse der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung gegenüber dem Faschismus nicht nur die „Tolerierungspolitik“ von SPD- und ADGB-Führung genannt werden - auch die verhängnisvolle „Sozialfaschismus-Theorie“ der KPD und deren „RGO-Politik“ müssen benannt und kritisiert werden<sup>19</sup>. Parteiliche Selbstgerechtigkeit und Legitimationsbewußtsein sind der Aufarbeitung dieser bis in die Gegenwart fortwirkenden Geschichtserfahrung auf jeden Fall hinderlich. Allerdings wird man dabei nicht übersehen dürfen, daß im Zeichen der ideologischen Vorherrschaft der „Totalitarismustheorie“ (rot-braun) den Kommunisten wie selbstverständlich die Hauptverantwortung für die Niederlagen der Arbeiterbewegung zugeschoben wurde — eine Form der Legitimationsideologie, die zweifellos nicht dazu beiträgt, die notwendige Offenheit der Diskussion über die „Vergangenheitsbewältigung“ zu fördern<sup>20</sup>.

Ein weiterer Punkt, der bei den Kontroversen immer wieder als methodologisches und politisches Problem aufgetaucht ist, betrifft das Verhältnis von Organisation und Massenbewußtsein. Dabei handelt es sich um eine zentrale Frage, die insbesondere bei der Analyse von „Knotenpunkten“ in der Geschichte der Arbeiterbewegung - z. B. August 1914 - zu unterschiedlichen Bewertungen führt. Da diese Auseinandersetzung hier nicht im einzelnen aufgegriffen und fortgeführt werden kann<sup>21</sup>, soll die eigene Position nur knapp umrissen werden: Wir halten die Vorstellung einer von den „Massen“ abgehobenen „Stellvertreterpolitik“ der Organisation als einem verselbständigten bürokratischen Apparat für ebenso falsch wie die These, derzufolge die „Rückständigkeit“ des Bewußtseins der Lohnabhängigen zur Rechtfertigung einer Anpassungs- und Integrationspolitik dient. Bewußtseins- und Lernprozesse der Lohnabhängigen vollziehen sich nach unserer Überzeugung nicht nur spontan, gleichsam im organisationsfreien Raum. Vielmehr ist die Politik der Organisation der Arbeiterbewegung, ihre Strategie und deren Vermittlung in der täglichen Organisationspraxis, selbst eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung des politischen und gewerkschaftlichen Bewußtseins wie der Kampfkraft der Organisation überhaupt. Insofern besteht immer eine enge Wechselbeziehung zwischen dem Reifegrad und der Entwicklung des Bewußtseins und der Tradition und der Politik der Organisation und ihrer Führung. Der Verzicht auf die Entwicklung

19 In dem Buch „Geschichte der deutschen Gewerkschaftspolitik“ wird die RGO-Politik der KPD ausdrücklich kritisiert. Allerdings wäre es wohl notwendig, die Rolle der politischen Parteien der Arbeiterbewegung, die Ursachen der Spaltung und die Bedingungen der katastrophalen Konfrontation genauer zu analysieren.

20 Die Analyse der objektiven und subjektiven Handlungsbedingungen muß natürlich auch für die kommunistische Politik gelten. Das kann im Rahmen dieses kurzen Aufsatzes nicht geleistet werden. Der vielfach - als Beispiel für das Zusammenwirken von Kommunisten und Nazis — angeführte Berliner Verkehrsarbeiterstreik vom November 1932 mag durchaus als Beispiel für die Komplexität dieser Bedingungen gelten. Immerhin rief neben der KPD und der RGO auch Willi Eichler, damals Chefredakteur des „Funken“, der Berliner Tageszeitung des ISK (Internationaler Sozialistischer Kampfbund), zum Streik auf, vgl. W. Abendroth, Ein Leben in der Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1976, S. 136/137.

21 Vgl. dazu F. Deppe u. a., Aktuelle Probleme, I, a.a.O., S. 489 ff.

einer autonomen Kampfstrategie schließt daher stets auch die Fortschreibung eines gering entwickelten gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Bewußtseins der Lohnabhängigen ein. Der gelegentlich erhobene Vorwurf, die Kritik des Verhaltens von Führungsgruppen ziele letztlich nur auf eine Auswechslung von „Führungskadern“, geht freilich vollständig an dem Problem der Dialektik von Organisation, Führung und Bewußtsein vorbei.

### *Zu Helga Grebings Kritik*

Helga Grebing hat in der Diskussion um das Buch „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ der Form nach neue Akzente gesetzt<sup>22</sup>, indem sie sachlich den Anspruch der Arbeit ernst nimmt und zugleich in einer Detailkritik der einzelnen Kapitel Widersprüche, Einseitigkeiten und Argumentationsschwächen aufzudecken versucht<sup>23</sup>. Der hier zur Verfügung stehende Raum erlaubt es nicht, auf diese Kritik in jedem einzelnen Schritt einzugehen. Daher soll sich eine erste Replik auf den von mir allein geschriebenen Abschnitt „Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) 1949-1965“ beschränken, wobei freilich deutlich gemacht werden sollte, daß diese „Antikritik“ durchaus von exemplarischem Charakter ist.

Grebing setzt schon am Anfang klar den Maßstab ihrer Kritik fest: „Für Deppe gibt es nur zwei Welten: die schöne, heile des östlichen realen Sozialismus und die schäbige, kaputte des westlichen Kapitalismus“ (Grebing, S. 220). Der Beweis für dieses — gewiß schaurige — „Leitmotiv“ widerlegt sich selbst; denn Grebing montiert einige Satzfragmente (Geschichte, S. 320, S. 350, S. 370), die allerdings in einem völlig anderen Zusammenhang stehen. Die erste Passage bezieht sich auf den Zusammenhang zwischen der „Zerstörung der nationalen Einheit Deutschlands“ und der Tatsache, daß unter diesen Bedingungen „die alte, verhängnisvolle Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung . . . noch verstärkt wurde“ (Geschichte, S. 320), behandelt also den Einfluß des kalten Krieges und der nationalen Frage auf die Gewerkschaftspolitik. Die zweite Passage behandelt die „starke Anziehungskraft“ der prosperierenden BRD-Wirtschaft „auf die Bevölkerung der DDR“ (Geschichte, S. 350) im Zusammenhang einer Erklärung der Gründe des sog. „Wirtschaftswunders“ und des Erfolges „konservativer Integrationsstrategien“ — und die dritte Passage behandelt die „Wende“ in den weltpolitischen Beziehungen vom kalten Krieg zur Koexistenzpolitik, die sich seit etwa der Mitte der 50er Jahre durchsetzt (Geschichte, S. 370/71).

22 H. Grebing, „Eine große sozialwissenschaftliche und pädagogische Leistung?“ Bemerkungen zu dem Buch von Deppe, Fülberth, Harrer (Hg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 4/1979, S. 204 ff. Zitate aus diesem Text werden im folgenden mit (Grebing, S. ) markiert, Zitate aus der „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ mit (Geschichte, S.)

23 Dabei unterlaufen ihr gelegentlich krasse Fehlteile. „Kein Wort findet sich über die Ergebnisse des Reichsrätekongresses Mitte Dezember 1918 in Berlin“ (Grebing, S. 213). Dagegen: „Der 1. Reichsrätekongreß (16.-21. Dezember 1918) sprach sich auf Verlangen der SPD für Wahlen zur Nationalversammlung aus und gab seine Macht damit selbst preis.“ (Geschichte, S. 154.)

Das Weltbild, das mir von Grebing zugeschrieben wird, ist gewiß von ergreifender Schlichtheit - nur, dieses „Zwei-Welten-Modell“ ist aus den genannten Textpassagen ebensowenig herauszulesen wie aus dem übrigen Text, der einen Systemvergleich z. B. überhaupt nicht zum Gegenstand hat. Die Bemerkungen, die Grebing aufgreift, bilden vielmehr Bestandteil des Versuches, die Handlungsbedingungen der DGB-Gewerkschaften - zumal in den 50er Jahren - genauer zu bestimmen. Meine Analyse geht davon aus, daß diese Handlungsbedingungen wesentlich durch den „äußeren und inneren kalten Krieg“ bestimmt werden (Geschichte, S. 326 ff.), daß die Betrachtung der sozialökonomischen und innenpolitischen Prozesse (Auseinandersetzung um die „Neuordnung“ sowie die gewerkschaftliche Reaktion auf den wirtschaftlichen Aufschwung und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Lohnabhängigen) eben nicht ausreicht, um die Entwicklung der Arbeiterbewegung in dieser Periode zu begreifen<sup>24</sup>.

Helga Grebing wirft mir weiterhin vor, den „Antikommunismus“ als ein „irrationales Phänomen“ zu behandeln. Sie selbst weiß die vielfältige „Diskreditierung des Sozialismus durch den Stalinismus“ (Grebing, S. 220/221) als eindeutigen und einzigen Grund. Ich behandle den Antikommunismus dagegen als ein komplexes Phänomen: in ihm wirken der kalte Krieg und die „deutsche Frage“, der wirtschaftliche Aufschwung nach 1950 und die negative Bewertung des „realen Sozialismus“ im Bewußtsein der Bevölkerungsmehrheit zusammen und verbinden sich mit konservativen, allgemein antisozialistischen und antidemokratischen Denkformen, die während der Periode der Nazi-Diktatur und vor allem im Kriege verfestigt wurden<sup>25</sup>.

Helga Grebing stellt fest: „Vor allem aber wird von Deppe der Eindruck erweckt, bzw. seine Darstellung erweckt den Eindruck, daß die integrationistische Position in den 50er und 60er Jahren die herrschende in den Gewerkschaften gewesen ist.“ (Grebing, S. 222) Diese Interpretation ist unzutreffend: unmißverständlich wird (auch bei denjenigen Textstellen, die von H. Grebing als Beleg angegeben werden) auf den Konflikt zweier Hauptströmungen eingegangen. Die Leitthese dieses Kapitels lautet gerade, daß sich die Position des „Integrationismus“ nach dem Scheitern der „Neuordnungsinitiativen“ zwar verstärkte, daß es ihr aber nicht gelungen ist, gegenüber der Position des „radikalen Reformismus“ zur herrschenden zu werden. Dafür finden sich im Text zahlreiche Belege - u. a. auch das DGB-Grundsatzprogramm von 1963, das eben nicht — wie Grebing unterstellt — „ganz eindeutig das

24 Es kann wohl angenommen werden, daß das Thema „Die Arbeiterbewegung im kalten Krieg“ in der Zukunft zu einem Gegenstand intensiver Forschung und Diskussion werden wird. Nur am Rande sei erwähnt, daß H. Grebing in ihrem Buch „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (München 1966, S. 239 ff.) auf diese Fragestellungen überhaupt nicht eingeht. Sie beschränkt sich dort fast ausschließlich auf eine rein geistes- und organisationsgeschichtliche Darstellung. Die weltpolitischen Konstellationen, die ökonomische Entwicklung, die Struktur der Klassenverhältnisse sowie die wirklichen gewerkschaftlichen und politischen Bewegungen der Arbeiterschaft werden fast vollständig ausgeblendet. Die Gründe für die erfolgreiche „Restauration“ sowie für die „wenig erfolgreichen Kämpfe“ der Gewerkschaften bleiben daher weitgehend im dunkeln.

25 Vgl. dazu auch F. Deppe, Gewerkschaftspolitik und Arbeiterbewußtsein in der Periode der Neugründung der westdeutschen Gewerkschaften nach 1945, in: ders., Das Bewußtsein der Arbeiter, Köln 1971, S. 255 ff.; F. Deppe, Autonomie und Integration - Materialien zur Gewerkschaftsanalyse, a.a.O. S. 82 ff.

Programm eines gewerkschaftlichen Pragmatismus" und eine „Anpassung an den Weg der SPD nach Godesberg" (Grebing, S. 223) war, sondern auch eine grundsätzliche Kritik der „kapitalistischen Wirtschaftsordnung" formuliert und diese mit der Forderung nach einer „Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft" verbindet.

Auch der Hinweis, die „Position des radikalen Reformismus" würde völlig unzureichend dokumentiert (Grebing, S. 223) vermag nicht zu überzeugen. In dem Unterkapitel „Gewerkschaftliche Standortbestimmung" (Geschichte, S. 356 ff.) werden - wie noch an vielen anderen Stellen - die Auffassungen von A. Weber, W. Abendroth, T. Pirker, V. Agartz entwickelt und mit der eher sozialpartnerschaftlichen Position konfrontiert, wie sie von F. Grosse, F. Stampfer, F. Fricke und (last, not least) H. Wickel in den Gewerkschaftlichen Monatsheften vertreten werden. Vom „Lieblingsautor" Wickel kann also keine Rede sein. Viel wichtiger scheint jedoch der Hinweis, daß nach 1953 die Vertreter des „gewerkschaftlichen Radikalismus" praktisch nicht mehr in die strategische und gesellschaftspolitische Grundsatzdebatte eingriffen (W. Abendroth tritt z. B. Ende der 50er Jahre praktisch nur noch als Verfasser von Buchbesprechungen in Erscheinung)<sup>26</sup>. Die gesellschaftspolitische und strategische Diskussion in der zweiten Hälfte der 50er Jahre und im Zusammenhang der Diskussion um das Grundsatzprogramm von 1963 wird dann an anderer Stelle dokumentiert (Geschichte, S. 397 ff.) — hier kommen als Sprecher der integrationistischen Konzeption - S. Landshut, L. v. Wiese, F. Klüber, O. Stolz, K. Pottmann, G. Leber zu Wort. Die Gegenposition wird durch Hinweise auf A. Enderle, J. Seifert, T. Pirker, P. v. Oertzen, Otto Brenner u. a. dokumentiert. Gewiß, dies mag unvollständig sein; auf jeden Fall wollte der Autor aber ein „stromlinienförmiges" Zurechtstutzen auf den „endlichen Sieg des ‚sozialpartnerschaftlichen Integrationsismus' " (Grebing, S. 223) vermeiden.

Helga Grebing entdeckt „immer das gleiche Interpretationsmuster: die Gewerkschaften = die Gewerkschaftsführung haben ‚Macht', die sie gar nicht gehabt haben oder die erst als existent ausgewiesen werden müßte, aufgegeben, auf sie verzichtet." (Grebing, S. 224). Auch hier macht sich jenes Vereinfachungsverfahren in der Interpretation geltend, das gelegentlich wichtige inhaltliche Probleme in ihr Gegenteil verkehrt. In sozialen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit ist die Macht kein Dominostein, der je nach subjektivem Ermessen verwendet wird. Sie ist vielmehr eingebunden in den Gesamtkomplex des ökonomischen, politischen und ideologischen Kräfteverhältnisses, der objektiven und subjektiven Bedingungen dieser Auseinandersetzungen. Das im einzelnen aufzuweisen, war u. a. Absicht der historischen Darstellung<sup>27</sup>. Daß aber Grebing ausgerechnet Theo Pirker's „Blinde Macht" (eine Arbeit, die auch wir aufgrund ihres Materialreichtums immer wieder

26 Auch A. Enderle wird in unserem Buch - sowohl als Mitverfasser des „Roten Gewerkschaftsbuches" vor 1933 als auch als Verfasser des leider nicht veröffentlichten Manuskriptes „Die Einheitsgewerkschaft" — genannt und gewürdigt.

27 Man vgl. z. B. die Behandlung des DGB-Aktionsprogrammes von 1955 (Geschichte, S. 365 ff.) und die Kritik der These, es handle sich dabei um ein Programm des „gewerkschaftspolitischen Rückschritts".

zu Rate gezogen haben) gegen unsere Analyse ins Spiel bringt, erscheint doch einigermaßen erstaunlich; denn es gibt kaum ein Buch über die Gewerkschaftsgeschichte, in dem so extensiv von der „Kapitulation“ der Gewerkschaftsführung, der Ver selbständigung der Macht bürokratischer Apparate, von manipulativem Verbalradikalismus (gekoppelt mit der Vorstellung der objektiv notwendigen Anpassung der Gewerkschaftspolitik an den „neuen Kapitalismus“) die Rede ist wie in den zwei Bänden der „Blinden Macht“.

Schließlich wird zum Schluß ein besonders eindrucksvoller Beweis für den verbohrteten Dogmatismus des Verfassers angeführt. Er übersieht „die exemplarische Bedeutung des Metallarbeiterstreiks 1963 in Baden-Württemberg“; denn hier sei es um den „Einstieg in die 40-Stunden-Woche“, um den Beginn der „Humanisierung der Arbeit“ gegangen (Grebing, S. 224/225). Hier liegt der Irrtum allerdings ganz auf seiten unserer Kritikerin: im Zentrum des Streiks stand die achtprozentige Lohnforderung der IG Metall. Daß im Ergebnis das „fristgerechte Inkrafttreten der nächsten Stufe der Arbeitszeitverkürzung“ festgehalten wurde, war für den Streik selbst von sekundärer Bedeutung, denn diese Vereinbarungen waren auf zentraler Ebene getroffen worden<sup>28</sup>.

Diese knappen Anmerkungen zur Kritik von Helga Grebing an einem Kapitel des Buches „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ vermögen gewiß nur einen kleinen Ausschnitt aus der Gesamtproblematik zu beleuchten. Sie sollten aber deutlich machen, daß im Interesse einer gewiß kontroversen, aber doch sachlichen Aneignung geschichtlicher Erfahrungen diese Diskussion fortgeführt werden muß.

---

28 Vgl. dazu u. a. J. Bergmann u. a. Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Frankfurt/Köln 1975, S. 230 ff.; D. Hoß, Die Krise des „institutionalisierten Klassenkampfes“. Metallarbeiterstreik in Baden-Württemberg, Frankfurt/Köln 1974.